

Spanien

Esther Barbé / Laia Mestres¹

Spanien stand im Zentrum der Weltwirtschaftskrise. Die gravierende Situation, in der sich die spanische Wirtschaft befand, beunruhigte nicht nur Regierung und Bürger, sondern wurde zum zentralen Thema im Ecofin-Rat, der Euro-Gruppe, des Europäischen Rats sowie auch bei G-8 und G-20-Treffen. Die Situation Spaniens blieb niemandem verborgen. Barack Obama stellte bei mehreren Gelegenheiten fest, „Spanien und Italien würden das größte Problem für die EU darstellen, wenn der Druck der Märkte weiterhin anhielte“. Europas Staats- und Regierungschefs verfolgten die Entwicklung der spanischen Konjunktur bezüglich ihrer Auswirkungen auf die EU mit Sorge. Und während Nicolas Sarkozy feststellte, „man hätte über Spanien wie über ein Wunder gesprochen, aber jetzt wolle niemand an seiner Stelle stehen“, beschränkte sich Angela Merkel darauf, die Bemühungen Spaniens als positiv zu bewerten, allerdings „müsse mehr unternommen werden, um das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen“¹. Es waren die Äußerungen Mario Montis, die die Märkte zutiefst beunruhigten, als er klar ausdrückte, dass „Spanien Europa Anlass zu großer Sorge gebe“, denn „die wirtschaftliche Lage Spaniens könne zu einem Ansteckungseffekt für den gesamten europäischen Kontinent führen“².

Anfang 2012 fiel Spanien zurück in die Rezession. War die Jahresbilanz 2011 des Bruttoinlandsprodukts mit 0,7% noch positiv, so prognostizierte der Internationale Währungsfonds für 2012 einen Rückgang um 1,7%.³ Die spanische Wirtschaft befand sich außer Kontrolle. Jeder vierte Spanier war arbeitslos, die Kapitalflucht war konstant, die Staatsverschuldung hatte sich in weniger als drei Jahren verdoppelt (von 36% im Jahr 2007 auf beinahe 80% im Jahr 2011) und alle Kürzungen der Staatsausgaben zur Kontrolle des Defizits erzielten nicht den gewünschten Effekt. Das Misstrauen der Märkte trieb Spanien mehr und mehr in die Enge, bis die Verstaatlichung einer der größten Banken Spaniens, Bankia, dazu führte, dass das Land Antrag auf Kapitalhilfe der EU stellte. Zwar war im Juni 2012 lediglich die Rettung der spanischen Banken das Ziel, doch verstärkten sich die Gerüchte um eine Rettung der gesamten spanischen Wirtschaft.

In der spanischen Bevölkerung wuchsen Resignation und Pessimismus täglich. Aufgrund der außerordentlich hohen Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 50% wanderten junge Spanier in Länder aus, die ihnen bessere wirtschaftliche Perspektiven und höhere Lebensqualität boten. Für diejenigen, die im Land blieben, gab es Kürzungen auf allen Ebenen, Steuererhöhungen (Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer, Zuzahlungen im Gesundheitswesen, allgemeine Tarifierhöhungen) und Reformen des Arbeitsmarkts, des Finanzsektors sowie neue Gesetze zur Haushaltstransparenz und -stabilität. Und dies alles unter dem Eindruck, dass die Regierung, sowohl die von José Luis Rodríguez Zapatero (bis Dezember 2011) als auch die von Mariano Rajoy, ihre Wahlversprechen nicht einhielt und entsprechend der Lage bzw. auf den Druck der Märkte sowie der internationalen und europäischen Finanzinstitutionen agierte.

1 Übersetzt aus dem Spanischen.

Es gab wenig gute Nachrichten für Spanien. Eine davon war die Ankündigung der ETA im Oktober 2011, nach 43 Jahren Terror und mehr als 800 Toten ihre terroristischen Aktivitäten endgültig aufzugeben. Eine weitere gute Nachricht war der Sieg der spanischen Fußballnationalmannschaft bei der EM 2012, die in Polen und der Ukraine stattfand. Angesichts dieses allgegenwärtigen Pessimismus konzentrierte sich Spaniens Regierung ausschließlich auf die Europapolitik. Wie nie zuvor war die Europäische Union in politischen Debatten, in den Medien und auf den Plakaten der zahlreichen Demonstrationen präsent. Die Richtung der Europapolitik hatte sich verändert: Es zählte nicht mehr, was Spaniens Meinung über die EU, sondern vielmehr, was die Meinung der EU über Spanien war.

Von Zapatero zu Rajoy

Aufgrund der Turbulenzen auf den Finanzmärkten und der Wahlniederlagen der PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Mai 2011 sah sich José Luis Rodríguez Zapatero gezwungen, die Wahlen von März 2012 auf den 20. November 2011 vorzuziehen. Die Wahl technokratischer Regierungen in Griechenland und Italien kurz zuvor bestätigten die vorgezogenen Wahlen als beste Entscheidung der sozialistischen Regierung, die politisch am Ende war und weder auf die Unterstützung der Spanier, noch auf die der europäischen Staats- und Regierungschefs zählen konnte.

Im Wahlkampf der beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Mariano Rajoy von der Partido Popular PP (Spanische Volkspartei) und Alfredo Pérez Rubalcaba für die PSOE, wurde die Europapolitik von einem einzigen Thema dominiert – nämlich wie Spanien die ihm von den europäischen Institutionen auferlegten Maßnahmen umsetzen sollte. PP und PSOE waren sich einig, dass die Europapolitik nun keine Außenpolitik, sondern vielmehr eine Verlängerung der Innenpolitik war. Allerdings gingen die Meinungen, wie die Krise zu bewältigen sei, weit auseinander. Die PSOE räumte – obwohl sie die von der EU geforderte Sparpolitik bejahte – in ihrem Wahlprogramm ein, „dass die Lösung der Schuldenprobleme einer konservativen Logik entspringe“ und dass es „erforderlich sei, Europa zu korrigieren“. Und zwar durch Maßnahmen wie der Herabsetzung des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank (EZB), die Möglichkeit, dass diese als Geldgeber agieren könne, die dringende Rekapitalisierung der europäischen Banken, die Konsolidierung eines Mechanismus zur Bewältigung von Staatsbankrotten und die Einführung von Eurobonds. Außerdem wurde langfristig die Einführung eines gemeinsamen Fonds zur Verwaltung der europäischen Steuergelder und eine Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen. Das alles wurde begleitet von „einer glaubhaften Wachstumsstrategie der EU, denn Wachstum sei der einzige Weg zur Rückzahlung der Schulden und zur Schaffung von Arbeitsplätzen“².

Die PP schlug ihrerseits in ihrem Wahlprogramm zur Bewältigung der Finanzkrise in der EU und in Spanien „eine proeuropäische Haltung und mehr Zusammenarbeit“ vor. Darüber hinaus kritisierte sie den Verlust von Einfluss und Initiative der Regierung Zapatero innerhalb der EU und versprach, wieder eine wichtige Rolle bei der Suche nach Lösungen für Europa einzunehmen. Die PP brachte kaum Lösungsvorschläge im Bereich Wirtschaft und Finanzen, wandte sich jedoch anderen Themen der Europapolitik zu, die für Spanien ebenfalls von Bedeutung waren. Sie trat für die strikte Einhaltung des Stabilitäts- und

2 „Una política exterior eficaz para salir de la crisis“, Programa Electoral 2011 del PSOE; Pérez Rubalcaba, Alfredo (2011); „Política exterior para tiempos de crisis“, Política Exterior, Vol. XXV, Nr. 144, November/Dezember, S. 48-56.

Wachstumpakts ein, für die Sanierung der europäischen Banken, für die Förderung der spanischen Finanzdienstleistungen und setzte sich für eine gemeinsame Aufsicht ein. Auf der anderen Seite hob sie die Notwendigkeit hervor, eine aktivere Rolle bei der Ankurbelung der Strategie Europa 2020 zu spielen, Übergangszeiten für die spanischen Regionen auszuhandeln, neue Förderungsinstrumenten für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen, die transeuropäischen Netze weiter auszubauen, den Raum für Freiheit, Sicherheit und des Rechts zu stärken und bei einer gemeinsamen Einwanderungspolitik voranzuschreiten.³

Nach dem überwältigenden Wahlsieg im November 2011 von Mariano Rajoy mit absoluter Mehrheit (186 von 350 Sitzen) gewann ein Telegramm von Angela Merkel an Bedeutung, das von der spanischen Presse aufgegriffen wurde. Sie schrieb, dass „Rajoy in dieser schwierigen Zeit für Spanien und Europa ein deutliches Mandat seines Volkes erhalten hat, um die erforderlichen Maßnahmen umgehend zu ergreifen und durchzusetzen“. Bereits am Morgen nach dem Wahlsieg rief Rajoy Merkel an und betonte die ernste Lage Spaniens. Er bat sie, ihren Einfluss geltend zu machen, damit die EZB den Kauf spanischer Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt nicht einstellte.⁴

Bei seiner Amtseinführungsrede konzentrierte Mariano Rajoy sich im Bereich der Außenpolitik darauf, das Ansehen und die Glaubwürdigkeit Spaniens weltweit zurückzugewinnen. Sein Motto war, die „Marke Spanien“ zurückzuerobern und eine neue Diplomatie mit starken wirtschaftlichen Akzenten zu entwickeln. Auf europäischer Ebene bedeutete dies, dass „Spanien Teil der Lösung des Problems der Eurozone sein müsse, um sie zum Rahmen für Wachstum und Arbeitsbeschaffung der spanischen Wirtschaft zu machen“⁵. Es ist kein Zufall, dass das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit wieder auf einen früheren EU-Abgeordneten der PP, José Manuel García-Margallo, fiel und dass das Landwirtschaftsministerium, dessen wichtigstes Ziel die Durchsetzung spanischer Interessen auf dem Agrarsektor der EU war, erneut mit Miguel Arias Cañete besetzt wurde, einem Schwergewicht während der Amtszeit Aznars. Zudem fällt auf, dass mit dem Staatssekretär für Wirtschaftspolitik Álvaro Nadal ein bekannter Wirtschaftsfachmann aufgeboten wird, der deutsch spricht und über direkte Verbindungen zum deutschen Kanzleramt verfügt.

Im Hinblick auf ihre Verbündeten strebte die Regierung Rajoy auf dem Papier eine Rückkehr zur Europapolitik Aznars an.⁶ Bevor Rajoy sein Amt antrat, plädierte er für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Großbritannien (mehr mit Nick Clegg als mit David Cameron) und Polen, und weniger mit Frankreich. Allerdings war in der Praxis Deutschland der bevorzugte Partner Spaniens, zumindest in den ersten Regierungsmonaten der PP. Einerseits hatte die PP einen Plan ausgearbeitet, Spanien in eine Art „Deutschland des Südens“ zu verwandeln, mit einem Paket aus Sparmaßnahmen, Einschnitten in den Staatsausgaben und Strukturreformen, was stark im Einklang mit den Forderungen Angela Merkels und ihren Partnern im Süden Europas stand. Andererseits vertieften sich die Kontakte zwischen der Mannschaft Rajoy und der Deutschlands bereits vor den Wahlen und der Amtsüber-

3 „Política europea y proyección exterior“, Programa Electoral Partido Popular 2011; Rajoy, Mariano (2011), „Mi visión de Europa y España en el mundo“, Política Exterior, Vol. XXV Nr. 144, November/Dezember S. 40-47.

4 „Merkel urge a Rajoy a aplicar reformas con rapidez“, Público, 22. November 2011; „Merkel: Rajoy tiene un mandato claro para realizar reformas rápidas“, La Vanguardia, 22. November 2011.

5 „Discurso de Mariano Rajoy en la sesión de investidura como Presidente del Gobierno“, Abgeordneten-kongress, 19. Dezember 2011. Zu finden unter <http://www.lamoncloa.gob.es>.

6 „Diplomacia con objetivo económico“, El País, 11. November 2011.

nahme. Als er in Moncloa angekommen war, wandelte sich Rajoy vom Saulus zum Paulus und setzte die von Angela Merkel geforderten Sparmaßnahmen um.

Allgemeines Misstrauen in die Wirtschaft Spaniens

In Bezug auf die Wirtschaft Spaniens wurden zahlreiche Tabus gebrochen. Vor nicht allzu langer Zeit war Spanien die achtgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Obwohl das Land immer noch auf Position zwölf steht und die viertgrößte Wirtschaftsmacht Europas ist, verringerten die Auswirkungen der Krise Spaniens internationales und europäisches Gewicht drastisch. Spanien nahm nun nicht mehr als relevanter Akteur an den wichtigsten Wirtschaftsforen teil, die Regierung intervenierte nur, um die Sparmaßnahmen und die in Angriff genommenen Strukturreformen zu rechtfertigen. Das Tabu des Unmöglichen wurde gebrochen (das Prinzip des *Too big to fail*), nämlich dass Spanien einmal unter den Rettungsschirm schlüpfen oder sogar zur Peseta zurückkehren könnte.

Ein weiteres Tabu, das gebrochen wurde, betraf die Innenpolitik mit der Reform der Verfassung von 1978. Das spanische Parlament beschloss im Sommer 2011 in einer Eilreform des Artikels 135 der Verfassung die Einführung der Schuldenbremse.⁷ Mariano Rajoy bestätigte im Abgeordnetenhaus, dass „Spanien in Verantwortung und europäischer Solidarität“ so dem Europäischen Fiskalpakt (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion) vorgriff, der anschließend im Dezember 2011⁸ durch den Europäischen Rat beschlossen wurde. Dieser Fiskalpakt, dem Großbritannien und die Tschechische Republik nicht beitraten, soll die Wirtschaftsdisziplin und -koordination der 17 Euroländer stärken.⁹

Trotz dieses proeuropäischen Zugeständnisses Spaniens und der strikten Umsetzung der deutschen Sparmaßnahmen durch Rajoy sorgten die schlechten Wirtschaftszahlen Spaniens und diverse Maßnahmen der neuen Regierung für steigendes Misstrauen. Beispielsweise verstand niemand in Europa, warum die spanische Regierung den Haushaltsplan 2012 aufgrund der anstehenden Wahlen erst im März vorlegte. Ein weiteres Beispiel sind die Anschuldigungen Mario Draghis, die spanische Regierung hätte die Verstaatlichung von Bankia „auf die erdenklich schlechteste Weise“ durchgeführt.¹⁰ Das Maß war voll, als das Staatsdefizit 2011 mit unterschiedlichen Zahlen angegeben wurde. Die Regierung José Luis Rodríguez Zapateros hatte bis zum Wahltag behauptet, dass die Staatsverschuldung mit einem Defizit von 6% beziffert werden könne, wie es mit der Kommission vereinbart war. Die Regierung von Mariano Rajoy teilte bereits mit, dass die Verschuldung des Landes 8% betragen würde. Nach einer Vielzahl unterschiedlicher Meldungen betrug das Staatsdefizit letztendlich 8,9%, teilweise aufgrund falscher Angaben verschiedener autonomer Regionen. Als Konsequenz stellte die Europäische Kommission Spanien unter strenge Beobachtung und entsandte regelmäßig Experten nach Spanien, um die Konten aller Verwaltungen zu kontrollieren und Wirtschaftslage zu analysieren.

7 Die Reform des Artikels 135 der spanischen Verfassung wurde durch PP und PSOE am 26. August beantragt. Sie wurde am 2. September durch das Plenum des Abgeordnetenhauses und am 7. September durch das Plenum des Senats erlassen. König Juan Carlos I unterzeichnete die Verfassungsreform am 27. September 2011.

8 „Discurso del Presidente del Gobierno en el Pleno del Congreso de los Diputados para informar de las Conclusiones del Consejo Europeo“, Madrid, 14. März 2012, zu finden unter <http://www.lamoncloa.gob.es>.

9 Das spanische Parlament ratifizierte mit großer Mehrheit den Fiskalpakt. Die Abstimmung fand im Abgeordnetenkongress am 21. Juni 2012 statt (309 Stimmen, 19 Gegenstimmen) und im Senat am 18. Juli 2012 (240 Stimmen, 4 Gegenstimmen).

10 „Draghi cree que el Gobierno actuó de la „peor manera posible“ con Bankia“, El País, 31. Mai 2012.

Das Staatsverschuldung war auch 2012 Verhandlungsgegenstand zwischen der Europäischen Kommission und der spanischen Regierung. Obwohl sich Spanien anfangs dazu verpflichtet hatte, 2012 4,4% des BIP nicht zu überschreiten, um so 2013 die angestrebten 3% zu erreichen, ließen die Voraussagen einer möglichen zweiten Rezession das Schlimmste befürchten. Mariano Rajoy teilte dem Europäischen Rat unter Berufung auf die nationale Souveränität mit, dass Spanien die 4,4% des BIP nicht einhalten könne und dass das Ziel nun bei 5,8% des BIP liegen würde. Dies stieß auf den Widerspruch der deutschen Kanzlerin, Angela Merkel. Sie verlangte über die Euro-Gruppe, dass Spanien noch zusätzliche 5 Milliarden Euro einsparen müsse, um 2012 mit einem Defizit von 5,3% vorweisen zu können.¹¹ Damit war die Verringerung des spanischen Staatsdefizits nicht mehr eine Angelegenheit der staatlichen Souveränität, sondern das Ergebnis von Verhandlung mit einigen schwergewichtigen Partnern in der Union.

Die EU musste schließlich angesichts der schlechten Konjunkturprognosen Spaniens nachgeben. Im Juni wurde für 2012 ein Defizit von 6,3% des BIP vereinbart und das Ziel von 3% auf 2014 verschoben. Rajoy kündigte am 11. Juni 2012 dem Kongress Einsparungen in Höhe von 65 Milliarden Euro für 2013 und 2014 an. Die schmerzhaftesten Einschnitte waren die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Verringerung der Beamtengehälter um ein Viertel, die Reduzierung des Arbeitslosengeldes ab dem sechsten Monat, die Erhöhung der grünen Steuer (CO₂-Emissionssteuer), die Verringerung der Zahl der Gemeinderäte, der Wegfall der Subventionen beim Wohnungsbau, die Ausgabenkürzungen der Ministerien und die Schließung staatlicher Unternehmen.¹² Viele dieser Maßnahmen waren zuvor von Rajoy, seinen Ministern und seiner Partei noch strikt abgelehnt worden.

Hilfsgelder für Spanien

Der 25. Juni 2012 wird in die spanische Geschichte eingehen als der Tag, an dem Wirtschaftsminister Luis de Guindos formell bei der Euro-Gruppe Finanzhilfe zur Rekapitalisierung der Banken beantragte, die diese Hilfe benötigen.¹³ Der Weg bis zu diesem offiziellen Antrag war lang und schmerzhaft. Unter dem Druck der wichtigsten Institutionen der EU, aber auch Deutschlands und sogar den USA, gab bis Spanien schließlich seine Bemühungen auf, sich weiterhin selbst an den Kapitalmärkten zu finanzieren.

Zu keinem Zeitpunkt erwähnten weder der Wirtschaftsminister, noch ein Regierungsmitglied das Wort „Rettungsschirm“: Sie bevorzugten andere Ausdrücke wie „finanzielle Hilfe“, „Kredit zu sehr günstigen Konditionen“ oder „Kreditlinie ohne makroökonomische Konditionen“. Die internationale Presse nahm diese Art, das „böse“ Wort zu vermeiden, auf und titelte ironisch: „you say tomato, I say bailout“.¹⁴ Strenggenommen handelte es sich nicht um Finanzhilfe für Spanien, sondern um eine Rekapitalisierung der spanischen Banken. Trotzdem legte die Euro-Gruppe bei ihrer Bewilligung des spanischen Antrags auf Finanzhilfe fest, dass „das Verfahren des überhöhten Defizits und der Strukturreformen

11 „Rajoy reta a Bruselas y fija el déficit en el 5,8%, El Mundo, 2. März 2012.

12 „Intervención del Presidente del Gobierno, Don Mariano Rajoy, en el Pleno del Congreso de los Diputados para informar sobre el Consejo Europeo y sobre la política económica del Gobierno“, Madrid, 11. Juli 2012, zu finden unter <http://www.lamonclao.gob.es>.

13 „España solicita formalmente asistencia financiera para la banca española“, Schreiben des Wirtschaftsministers Luis de Guindos an den Präsidenten der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker, Madrid, 25. Juni 2012.

14 „You say tomato, I say bailout: How Spain Agreed to Be Rescued“, Time, 9. Juni 2012.

regelmäßig und aus der Nähe kontrolliert würde, um das makroökonomische Ungleichgewicht im Rahmen des europäischen Halbjahrs zu korrigieren“.¹⁵

Obwohl bereits zu Beginn festgelegt wurde, dass sich der Betrag auf 100 Milliarden Euro zu einem Zinssatz von 3% belaufen würde, mussten einzelne Punkte vor dem „Memorandum of Understanding“ noch verhandelt werden. Einerseits beantragte die spanische Regierung, dass es sich hierbei um eine reine Bankenrekapitalisierung handeln und diese Finanzspritze entsprechend keine Staatsverschuldung darstellen soll. Obwohl Deutschland hiermit nicht einverstanden war, beschloss der Europäische Rat im Juni 2012, dass den angeschlagenen Banken direkte Kredite nach der Einführung einer Bankenaufsicht unter der Leitung der EZB gewährt würden. Dies ist ein zweischneidiges Schwert, denn obwohl dem Antrag Spaniens stattgegeben wurde, die Beziehungen zwischen Banken und unabhängigen Notenbanken zu kappen, wurde die Maßnahme ohne Zeitangabe zurückgestellt, bis eine Bankenunion in greifbare Nähe rückt. Weiterhin wurde entschieden, dass die Finanzhilfe für Spanien provisorisch über den EFSF (der im Juni 2013 endet) gewährt würde, bis der ESM in Kraft tritt.¹⁶

Das von Spanien unterzeichnete „Memorandum of Understanding“ enthielt 32 Bedingungen des Finanzsektors sowie die Bedingungen über die Auszahlung der Tranchen. Diese Bedingungen beinhalteten eine Sparkassenreform, die Schaffung einer Bad Bank, die Forderung nach mehr Kapital, strenge Restriktionen der Banken, die Finanzhilfen beantragen, die vierteljährliche Kontrolle des spanischen Finanzsystems und die Verpflichtung, vor jeder finanziellen und steuerlichen Maßnahme der Regierung, die nicht im Memorandum enthalten ist, mit der Troika Rücksprache zu halten.¹⁷ Zusammenfassend schrieb eine spanische Zeitung: „Im Gegenzug zur Rettung nahm die EU Spanien Wirtschaftskompetenzen und stellte die Banco de España unter die Vormundschaft der EZB.“¹⁸ Nachdem die Kapitalhilfe unterzeichnet war, war die Regierung vor allem auf die rasche Durchführung der Hilfeleistungen durch die EU angewiesen. Wie Mariano Rajoy sagte, „gilt es zu vermeiden, dass zwischen der politischen Entscheidung und deren Umsetzung zu viel Zeit verstreicht, sonst haben die politischen Vereinbarungen auf höchster Ebene keine Wirkung mehr.“¹⁹ Trotzdem geht die „Seifenoper“ weiter, wann und wie die erste Tranche über 30 Milliarden Euro ausgezahlt wird – und ob Spanien doch noch im Herbst 2012 unter den Rettungsschirm schlüpfen muss.

Es muss betont werden, dass Mariano Rajoy angestrengt nach Wachstumsmaßnahmen suchte, vor allem nachdem François Hollande diese Maßnahmen während des französischen Wahlkampfes in die europäische Agenda aufnahm. Auch wenn diese Suche zunächst eher diskret verlief, da Spanien vor Merkel als zuverlässiger Partner dastehen wollte, fühlte sich Rajoy gestärkt, als die Rufe nach Wachstum innerhalb der EU immer lauter wurden. Er unterzeichnete im Februar gemeinsam mit zwölf Regierungschefs das Schreiben an den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, und an den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, in dem ein Wachstumspakt für Europa

15 „Declaración de la Cumbre de la Zona del Euro“ vom 29. Juni 2012, Europäischer Rat, Brüssel, 30. Juni 2012.

16 „Las auditorias que pidió Guindos son las que exige la EU para un rescate a la banca“, El País, 8. Juni 2012.

17 „Spain: Memorandum of Understanding on Financial-Sector Policy Conditionality“, Juli 2012.

18 „La UE pone bajo tutela a España“, El País, 11. Juli 2012.

19 „Intervención del Presidente del Gobierno, Don Mariano Rajoy, en el Pleno del Congreso de los Diputados para informar sobre el Consejo Europeo y sobre la política económica del Gobierno“, Madrid, 11. Juli 2012, zu finden unter <http://www.lamoncloa.gob.es>.

gefordert wurde. Später nahm Rajoy an der Versammlung der vier wichtigsten Volkswirtschaften der Eurozone teil, die am 22. Juni in Rom durch Mario Monti einberufen wurde, und bei der ein Wirtschaftsförderprogramm in Höhe von 130 Milliarden Euro vorgeschlagen wurde. Dieser Vorschlag wurde durch den Europäischen Rat Ende Juli unter dem Namen „Wachstums- und Beschäftigungspakt“ aufgegriffen. Bei diesem Gipfel spielte Rajoy eine aktive Rolle, als er sich Monti anschloss, der mit der Blockade des Pakts drohte, sollten nicht einige dringende Maßnahmen zur Beruhigung der Märkte beschlossen werden, wie etwa der Aufkauf von Staatsschulden durch die EZB auf den Sekundärmärkten. Ohne diese kurzfristige Finanzspritze wären die Zinsen, mit denen sich diese Staaten an den Kapitalmärkten finanzierten, unhaltbar geworden. Wieder einmal handelte die EZB erst im September, obwohl der Europäische Rat bereits im Juni grünes Licht gegeben hatte, und brachte so die spanische Wirtschaft in einen Sommer gravierender finanzieller Turbulenzen.

Grundsätzlich hält Spanien seine integrationsfreundliche Haltung aufrecht und unterstützt alle langfristigen Maßnahmen, die zu einer Vertiefung der europäischen Integration führen. Dazu zählen auch die jüngsten Vorschläge von Herman Van Rompuy zur Weiterentwicklung der Eurozone. Allerdings führten die finanziellen Spannungen und vor allem die Notwendigkeit schneller und richtiger Antworten seitens der EU auf den Antrag Spaniens auf Finanzhilfe dazu, dass das Land nicht Impulsgeber war, sondern dass sich die Aufmerksamkeit Europas eher auf Spanien als Empfänger von Hilfsmaßnahmen richtete.

Weitere Kürzungen in Sicht

Die Sparpolitik setzte sich auf allen Haushaltsebenen durch, sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene. Zu den Prioritäten des spanischen Außenministeriums zählten daher die drastischen Streichungen, die der mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020 vorsieht, die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und Einsparungen bei den Ausgaben der Botschaften.

Die Verhandlungen des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 werden für die spanische Wirtschaft in den kommenden Jahren überlebenswichtig sein. Tatsache ist, dass Spanien 2012 zum ersten Mal nicht zu den Nettoempfängern zählen wird. Um einem abrupten Abbruch der finanziellen Hilfen der EU zu vermeiden, schlug die spanische Regierung einen stufenweisen Übergang vor, bis Spanien zum Netto-Zahler wird. Zwar sollten die spanischen Regionen mit einem Wohlstandsniveau von 75% und 90% des Durchschnitts der EU (Andalusien, Kastilien-La Mancha, Galizien und Murcia) weiterhin zwei Drittel der Mittel erhalten, die sie in den Jahren 2007-2013 bezogen hatten.²⁰ Nur Extremadura sollte ab 2014 weiterhin Hilfen aus den Regionalfonds der EU bekommen. Bei den Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen möchte Spanien seine Interessen bei der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik wahren. Gegenüber Ländern wie Großbritannien, Dänemark oder Schweden, die eine drastische Reduzierung der Direkthilfen für Landwirte forderten, fand Spanien in Frankreich und der Europäischen Kommission seine traditionellen Verbündeten einer starken gemeinsamen Agrarpolitik, die nachhaltig, wettbewerbsfähig und produktiv ist.²¹ Deshalb stehen Spanien zahlreiche Ver-

20 „Comparecencia del señor ministro de Asuntos Exteriores y de Cooperación (García-Margallo Marfil), para informar sobre las líneas generales de la política de su departamento“, Diario de las Sesiones de las Cortes Generales, Kommission der Europäischen Union, Sitzung Nr. 3 X Legislaturperiode Nr. 9, 29. Februar 2012, S. 5.

21 „Communiqué de presse conjoint: La France et l'Espagne ensemble pour une agriculture durable, compétitive et productive en Europe“, Paris, 14. Februar 2012.

handlungen mit der EU bevor, um die europäischen Investitionen in das Land aufrechtzuerhalten (oder lediglich geringfügig zu senken).

Die spanische Regierung musste die Ausgaben für ihre Botschaften im Ausland kürzen. Die Verringerung Zahl der Auslandsvertretungen, die durch die Sparmaßnahmen erforderlich war, wurde als europäische Integration beschönigt: Die spanische Regierung bat den Europäischen Auswärtigen Dienst, in den Ländern, in denen eine Botschaft geschlossen wurde, einen spanischen Diplomaten in die Delegation der EU zu integrieren.²² So konnte Spanien weiterhin eine Vertretung in dem jeweiligen Land aufrechterhalten. Syrien war der erste Staat, in dem Spanien im März 2012 aufgrund der Unterdrückung der Zivilbevölkerung seine Botschaft schloss und zwei Beamte in die EU-Delegation in Damaskus eingliederte. In diesem Fall wurde, wie ein spanisches Sprichwort sagt, „aus einer Notwendigkeit eine Tugend“, denn auch wenn sich durch die unsichere Lage Syriens die Schließung der Botschaft anbot, bedeutete die Maßnahme eine Stärkung der Rolle der EU gegenüber Bashar Al-Assad. Später unterzeichnete Spanien ein Memorandum of Understanding, um weiterhin über die Delegationen der EU eine diplomatische Präsenz in Drittländern halten zu können und begann mit der Schließung einiger der unbedeutenderen Botschaften für Spanien, wie die im Jemen und in Simbabwe.²³

Zusammenfassend kann man sagen, dass es ein Wandel der spanischen Europapolitik stattfand. Die Macht der Gläubiger in der Finanzkrise, die Schwäche der spanischen Wirtschaft und die Omnipräsenz des wirtschaftlichen Regierens haben die Koordinaten maßgeblich verändert.

Weiterführende Literatur

- Barbé, Esther: Interacción entre la política exterior española y la política exterior europea: Normas europeas, intereses españoles y condicionantes internacionales, in: Beneyto, José María/Pereira, Juan Carlos (Hrsg.): *Política Exterior Española. Un balance de futuro*, Madrid 2011, S. 93-121.
- Gillespie, Richard: Guiados por la crisis: La política exterior y de seguridad en España en 2011, in: *Anuario Internacional CIDOB* 2012, Barcelona 2012, S. 245-253.
- Heywood, Paul M.: Spain's EU Presidency: Ambitions beyond Capacity?, in: *Journal of Common Market Studies*, Annual Review 2011, S.77-89.
- Jiménez, Trinidad: El ciudadano árabe, dueño de su propio destino“, in: *Política Exterior*, Nr. 145, Januar/Februar 2012, S. 154-167 und Nr. 146, März/April 2012, S.162-171.
- Lopéz Garrido, Diego: España en la Unión Europea, in: Beneyto, José María/Pereira, Juan Carlos (Hrsg.), *Política Exterior Española. Un balance de futuro*, Madrid 2011, S. 83-91.
- Manrique, Manuel: Claves de la política exterior española, FRIDE Policy Brief, Nr. 76, März 2012 und Nr. 82, Juni 2012.
- Mestres, Laia: The View from Spain: Between Euro-enthusiasm and Euro-austerity, in: Möller, Almut/Parkes, Roderick (Hrsg.): *Germany as Viewed by other EU Member States*, EPIN Paper, Nr. 33, Juni 2012, S. 16-19.
- Molina, Ignacio: Década perdida? La política europea de España 2002-11, *Política Exterior*, Nr. 144, November/Dezember 2011, S. 94-101.
- Molina, Ignacio/Olivivi, Iliana/Steinberg, Federico: La reorganización de la acción exterior española por el nuevo gobierno del Partido Popular, *Análisis del Real Instituto Elcano*, Nr. 9/2012, 16. Februar 2012.
- Torreblanca, José Ignacio/Leonard Mark: Spain after the Elections: The ‘Germany of the South’, *European Council on Foreign Relations, Policy Memo*, 16. November 2011.

22 „Comparecencia del señor Secretario de Estado para la Unión Europea (Méndez de Vigo y Montojo), para exponer la programación de las actividades del Consejo Europeo en los dieciocho meses correspondientes al segundo trío de Presidencias, de acuerdo con el Tratado de Lisboa“, *Diario de Sesiones de las Cortes Generales, Kommission für die Europäische Union, Sitzung Nr. 7, X Legislatur Nr. 17, 17. April 2012, S. 8.*

23 „España cerrará sus Embajadas en Yemen y Zimbabue para ahorrar costes“, *El Mundo*, 5. August 2012.

Tschechische Republik

Kristina Larischová

Die komfortable Mehrheit der liberal-konservativen Regierung von Bürgerdemokraten (ODS), Tradition-Verantwortung-Prosperität-09 (TOP09) und Öffentlichen Angelegenheiten (VV) mit Petr Neas (ODS) an der Spitze ging durch die Spaltung der VV im April 2012 verloren. Nachfolger der in der Europa- und Außenpolitik wenig profilierten VV in der Regierung wurde die neue liberal-demokratische Partei LIDEM unter Führung von Vize-Ministerpräsidentin Peake, der es gelungen ist, eine Mehrheit der früheren VV-Abgeordneten für die Fortsetzung des Koalitionsprojekts zu gewinnen (seitdem 105 von 200 Stimmen).

Das Kabinett, das sich selbst als Regierung der Haushaltsverantwortung definiert und auch den Kampf gegen Korruption zu ihren Prioritäten zählt, war von Anfang an mit der fehlenden Solidität der Partei VV, zahlreichen Korruptionsaffären und mangelndem europapolitischem Konsens konfrontiert. Die Pensions-, Gesundheits-, Sozial- und Steuerreform stehen gemeinsam mit den umstrittenen Kirchenrestitutionen auf der Agenda und rufen Kritik nicht nur der Opposition (der Sozialdemokraten und der Kommunisten), sondern auch der Bürgergesellschaft hervor. Die Abstimmungsmaschinerie und die fehlende Bereitschaft der Regierung mit der Opposition und den Sozialpartnern zu verhandeln, lösten Spekulationen über die Rolle diverser Lobbyorganisationen aus. Die Gefährdung des sozialen Friedens hat am 21. April in Prag eine gewerkschaftlich organisierte Demonstration mit 100.000 Teilnehmern angekündigt. Die Regierung reduzierte ihre Wirtschaftspolitik auf Ausgabenkürzungen, verzichtete auf Wachstumsimpulse und hat sich ganz auf die Exportleistung verlassen. Das BIP-Wachstum im Jahr 2011 blieb bei 1,7%, im Jahr 2012 wird es sogar negativ sein. Das drastische öffentliche Sparen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer einerseits und politische Korruptionsaffären andererseits trugen dazu bei, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung im April auf das Rekordtief von 16% gesunken ist.

Die Verhaftung des mittelböhmischen Landeshauptmanns und Abgeordneten Rath, einer der prominentesten sozialdemokratischen Politiker, wegen einer Bestechungsaffäre weckte im Mai die Hoffnung auf eine aktivere Bekämpfung der Korruption in hohen Politiketagen. Im Juni entflammte eine weitere politische Causa, als die Polizei die Auslieferung der stellvertretenden Parlamentspräsidentin (und Ex-Verteidigungsministerin) Parkanová (TOP09) wegen des überbeuerten Ankauf von Militärflugzeugen forderte.

Eine Spaltung in der Frage der „finalité politique“ der EU besteht nicht nur zwischen Koalition und Opposition, sondern auch innerhalb der Regierung, was die Vorhersehbarkeit und Interpretation der Europapolitik deutlich erschwert. Die euroskeptische ODS spielt in der Europapolitik eine dominante Rolle, der euroskeptische Präsident Klaus (Gründer der ODS) gestaltet offensiv den öffentlichen Diskurs. Der pro-europäische Außenminister Schwarzenberg (Vorsitzender der TOP09) bleibt dabei wenig sichtbar. Die zunehmende Europaskepsis¹ ist nicht zuletzt auf die mehrheitlich undifferenziert EU-kritischen Medien

1 Vgl. Special Eurobarometer 379 vom April 2012. Nur 52% der Tschechen sind froh, in der EU zu leben – das ist der drittniedrigste Wert nach Ungarn und Griechenland.